

Bayern Plan für digitale Verwaltung

[12.2.2020] Beim gestrigen Digitalkabinett hat Bayern seinen 12-Punkte-Plan für einen bürgerorientierten Servicestaat vorgestellt. Themen sind unter anderem die mobile Bereitstellung von Dienstleistungen sowie die Volldigitalisierung der Staatsregierung bis 2025.

Das bayerische Digitalkabinett hat am 11. Februar 2020 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die digitale Verwaltung im Freistaat völlig neu ausrichtet. Wie das Staatsministerium für Digitales mitteilt, kann die Verwaltung durch die digitalen Möglichkeiten zum Partner auf Augenhöhe werden. Die Voraussetzungen dafür seien Schlüsseltechnologien, personalisierte Verwaltungsangebote und die Volldigitalisierung von Prozessen. Als Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung von Staat und Verwaltung müsse der Freistaat Zukunftstechnologien in Staat und Verwaltung wie zum Beispiel Big Data und Cloud-Lösungen weiter vorantreiben, das Vertrauen in den Staat durch hochmoderne Services und konsequente Kundenorientierung stärken sowie die digitale Souveränität Bayerns ausbauen.

Der jetzt beschlossene 12-Punkte-Plan soll Bayern zum modernen, bürgerorientierten Servicestaat machen. So soll der Freistaat nach Angaben des Digitalministeriums zur Nummer eins in Deutschland bei mobilen Verwaltungsservices werden. Alle Ressorts sollen bis Ende 2022 ihre Angebote auch auf Smartphones und Tablets bereitstellen. Eine nutzerfreundliche Bedienung habe dabei oberste Priorität. Bis Ende des Jahres stünden wichtige Verwaltungsleistungen auch über die BayernApp (wir berichteten) zur Verfügung. Bayern solle zudem Spitzenreiter bei staatlichen Cloud-Lösungen werden. Darüber hinaus investiere der Freistaat in das Kompetenzzentrum "Microservices und Containerisierung" für eine moderne digitale Verwaltung. Ein weiterer Punkt: Bayern zieht die Volldigitalisierung der Staatsregierung auf 2025 vor. Mit der Qualifizierungsplattform "DigitalCampus" sollen die digitalen Kompetenzen im öffentlichen Dienst gestärkt werden – mit passgenauen Fortbildungen für jeden Mitarbeiter. Darüber hinaus biete Bayern die Top-Verwaltungsleistungen wie das Elterngeld, Landespflegegeld oder Gesundheitszeugnis bis Ende 2020 online an (wir berichteten). Zudem verpasse der Freistaat dem BayernPortal ein Update mit Services eines modernen Kundencenters. Responsives Design, Personalisierung und die ständige Abrufbarkeit des aktuellen Bearbeitungsstands seien dabei nur einige Schlagworte. Ein

weiterer Punkt auf der Agenda der Staatsregierung: Die BayernID PLUS wird die bayerische Identität im Netz. Jeder Bürger und jedes Unternehmen bekommt mit ihr eine digitale Ausweis- und Unterschriftsfunktion. Außerdem werde ein Unternehmenskonto auf Basis von ELSTER als Service für Bayern und Modell für Deutschland (wir berichteten) entwickelt. In Digitalen Innovationslaboren werde der Nutzer bei der Entwicklung digitaler Produkte und Services von Anfang an eingebunden. Als weitere Themen umfasst der 12-Punkte-Plan den Aufbau starker bayerischer IT-Dienstleister, die digitale Hightech-Lösungen für Staat und Kommunen am Standort Bayern entwickeln sowie die Einrichtung einer Stabsstelle föderale Digitale Verwaltung. Schließlich soll eine "Süd-West-Schiene" zur Sicherung föderaler Strukturen entstehen, um auf Ebene der großen Flächenländer gemeinsame Infrastrukturen zu nutzen, digitale Verfahren auszutauschen und im Rahmen der Bund-Länder-IT-Zusammenarbeit ein starkes föderales Gewicht zu bilden. (ba)

Der Bericht aus der Kabinettsitzung vom 11. Februar 2020 (Deep Link)

<https://www.stmd.bayern.de>

Stichwörter: Politik, Bayern, Digitalisierung, BayernApp, Apps, Unternehmenskonto

Bildquelle: Bayerische Staatskanzlei

Quelle: www.kommune21.de